



**Bericht über die Tätigkeit der Außendienstmitarbeiter beim Landkreis Reutlingen
Mitteilungsvorlage**

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Das Jahr 2008 zeichnet sich durch eine Steigerung der Ermittlungsaufträge gegenüber dem Vorjahr 2007 aus. Insgesamt wurden 454 Ermittlungsaufträge und Bedarfsprüfungen bearbeitet. An bezifferbaren Einsparungen konnten 198.591,00 EUR erzielt werden. Dabei lag der Schwerpunkt im Bereich der Einzelaufträge wie in 2007 bei den eheähnlichen Gemeinschaften mit 120 Ermittlungen. Neben 173 Wohnsitzüberprüfungen konnte auch die Zahl der Bedarfsprüfungen mit einer Anzahl von 98 gesteigert werden.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Allgemeines

Die Verwaltung hat zuletzt mit KT-Drucksache Nr. VII-0494 über die Tätigkeit des Außendienstmitarbeiters berichtet. Die Flexibilität der Einsätze der Außenermittlungen konnte 2008 verbessert werden, nachdem durch das Job-Center eine weitere Ermittlungskraft eingestellt wurde. Arbeitsunterbrechungen, z. B. durch Urlaub oder Krankheit, konnten durch die bis dahin nicht vorhandenen Vertretungsmöglichkeiten teilweise kompensiert werden. Auch die Sicherheit für den Außendienst und die Beweiserhebung konnte dadurch verbessert werden.

2. Aufträge

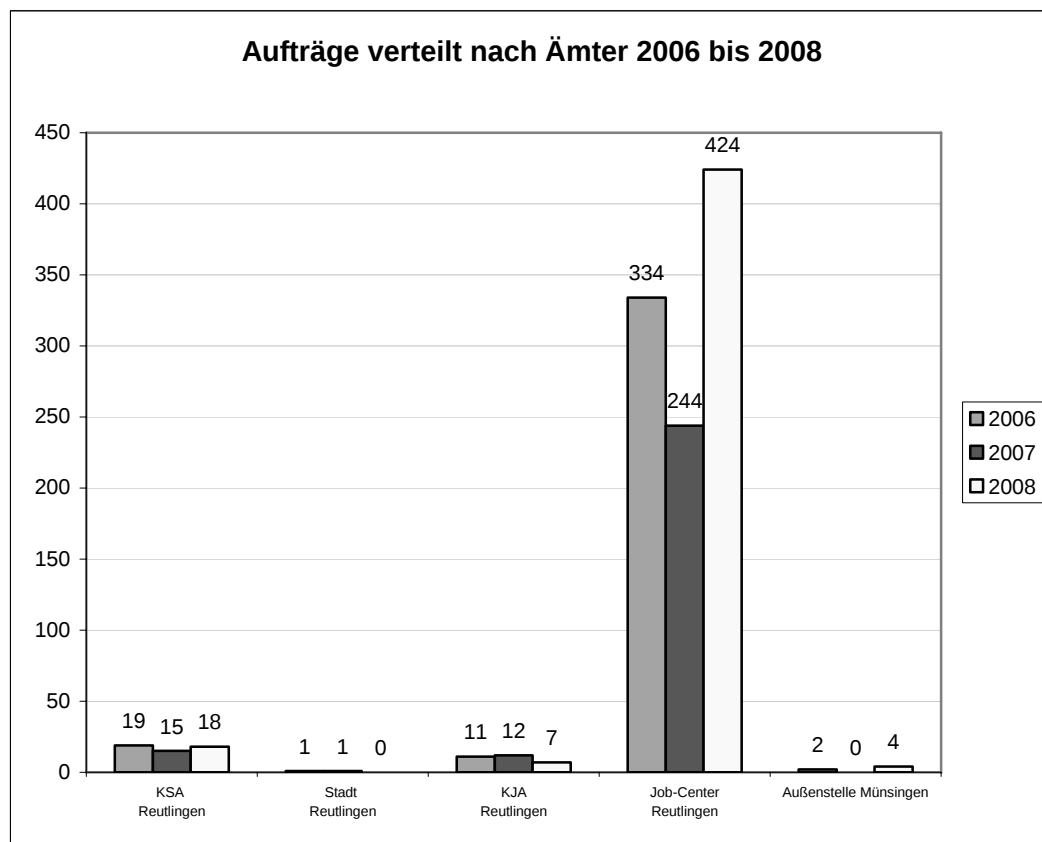
Auch im Jahr 2008 kam der überwiegende Anteil der Aufträge für die Außendienstmitarbeiter aus dem Bereich des Job-Centers, gefolgt vom Kreisjugendamt und den Sozialämtern.

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 454 Ermittlungsaufträge bearbeitet (zum Vergleich: 2007 = 272 Ermittlungsaufträge).

Neben längerem krankheitsbedingtem Ausfall des Außendienstes in 2007 ist die Steigerung der Aufträge auch darauf zurückzuführen, dass bei den Sachbearbeitern nach der in den ersten Jahren schwierigen Situation (Antragsflut nach Einführung des SGB II) nun eine stärkere Fokussierung auf die Einzelfälle möglich ist. Damit werden Verdachtsmomente leichter aufgedeckt. Außerdem ist erkennbar, dass der Außendienst vermehrt zur Überprüfung der Notwendigkeit beantragter einmaliger Beihilfen (z. B. Wohnungsausstattung) eingesetzt wird. Ihr Anteil an den Ermittlungsaufträgen konnte von 27 (entspricht ca. 10 % der Aufträge in 2007) auf 98 in 2008 und damit auf rund 1/5 der Gesamttermittlungen gesteigert werden.

92 % der erteilten Aufträge entfielen auf das Job-Center. Dies entspricht einer Steigerung von 8 % (2007 = 84 %).

Die nachfolgende Grafik zeigt die Aufträge der Jahre 2006 bis 2008 nach Auftraggebern und Zahl:

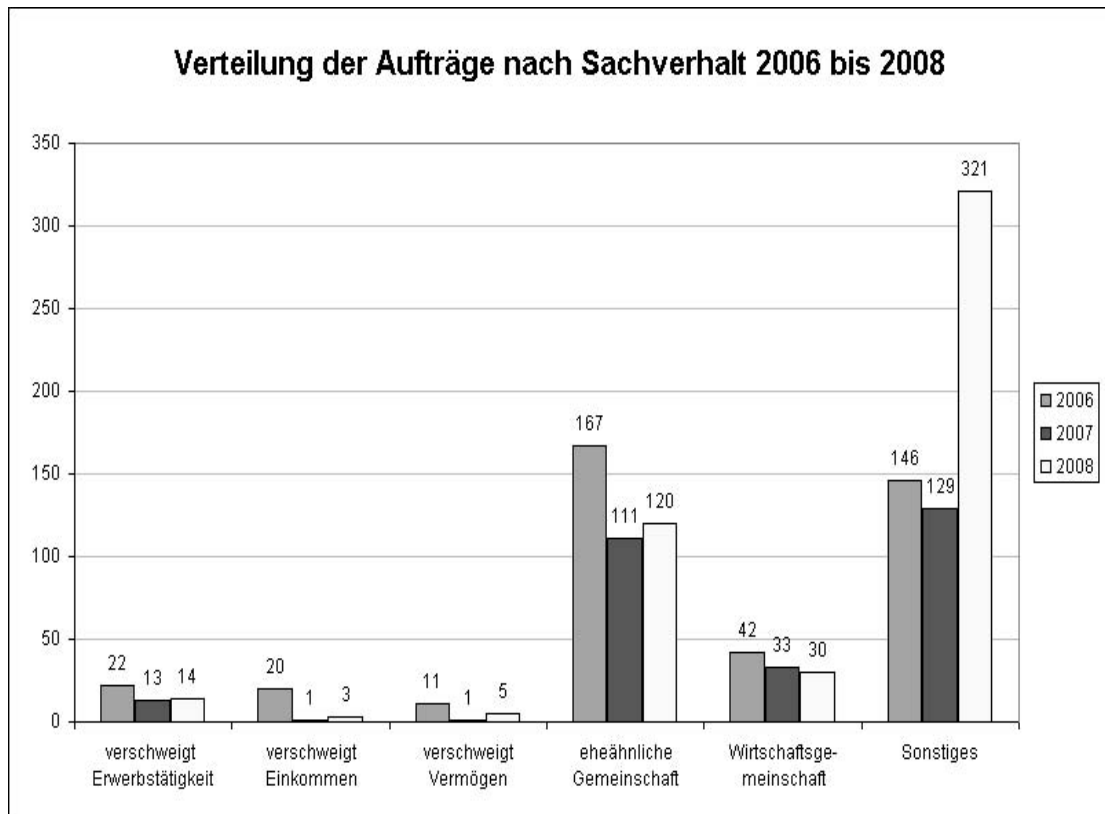


Bei den bearbeiteten Aufträgen wurde in rund 32 % der Fälle ein Missbrauch festgestellt (in 2007 waren es noch 35 %; in 2006 = 40 %).

Im Wesentlichen bezogen sich die Ermittlungen auf folgende Sachverhalte (teilweise Mehrfachnennungen):

- 173 Wohnsitzüberprüfungen (2007 = 129)
- 120 Ermittlungen zu eheähnlichen Gemeinschaften (2007 = 111)
- 98 Bedarfsermittlungen (2007 = 27)
- 37 Aufenthaltsermittlungen (2007 = 29)
- 30 Ermittlungen im Bereich verschwiegener Wohngemeinschaften (2007 = 33)
- 14 Fälle im Bereich verschwiegener Erwerbstätigkeit (2007 = 13)
- 21 Fälle sonstiger Bedarfsermittlungen, wie z. B. Begutachtung von Wohnungszuständen, Überprüfung vorhandener Heizquellen usw.

Die folgende Grafik zeigt die Verteilung der Aufträge nach Sachverhalt 2006 bis 2008:



3. Ergebnisse

Im Jahr 2008 konnten nach aktuellem Stand 198.591,00 EUR eingespart werden (2007 = 209.906,00 EUR).

Die Ermittlungen des Außendienstes führten im Jahr 2008 in insgesamt 144 Fällen zu konkret bezifferbaren Einsparungen. Aufgrund der Fälle, für die noch keine Rückmeldungen vorliegen, dürfte die abschließende Erfolgsquote noch deutlich höher liegen.

In 6 Fällen wurden aufgrund der Ermittlungen Anträge abgelehnt oder zurückgezogen, ohne dass eine Bezifferung der Einsparung möglich war. Weitere 7 Fälle befinden sich noch im laufenden Verfahren. In 25 Fällen stehen noch Rückmeldungen über das Ergebnis aus.

In 12 Fällen wurde Strafanzeige erstattet. 2 Strafverfahren führten zu Freiheitsstrafen.

Die Zahl der Ermittlungen lässt, gemessen an der Zahl der aufgedeckten Fälle, keine signifikant höhere Missbrauchsbereitschaft bei Menschen mit Migrationshintergrund erkennen als gegenüber deutschen Hilfeempfängern (Daten konnten erstmals ausgewertet werden). Der Anteil der Ermittlungen bei Nichtdeutschen liegt bei 195 Fällen (43 %). Dabei kam es in 69 Fällen (48 %) zum Leistungsmissbrauch. Zum Vergleich: Ermittlungen bei deutschen Staatsangehörigen = 259 Fälle (57 %). Diese trugen mit 75 Fällen (52 %) zum Missbrauch bei.

Innerhalb der letzten 4 Jahre führte die Tätigkeit des Außendienstes insgesamt zu einer Einsparung von über 1 Mio. EUR.

4. Ausblick

Aufgrund der schlechten Konjunkturlage ist ab dem Jahr 2009 mit einer deutlichen Steigerung der Bedarfsgemeinschaften zu rechnen. Damit werden auch die Herausforderungen an den Außendienst insgesamt steigen. Der Landkreis Reutlingen ist mit der Besetzung des Außendienstes im jetzigen Umfang für diese Aufgabe gut aufgestellt. Die Mitarbeiter sind hoch motiviert und verfügen gleichzeitig über das notwendige Fingerspitzengefühl und die Sensibilität im Umgang mit den Leistungsempfängern, sodass auch dort eine hohe Akzeptanz gegeben ist. Durch ihre Tätigkeit leisten sie gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Leistungsmissbrauch.